



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Kreisverband Bad Kreuznach

Programm

der SPD für den Landkreis Bad Kreuznach zur
Kommunalwahl am 9. Juni 2024

**Den ganzen Landkreis im Blick -
Fortschritt gestalten, sozial gerecht, ökologisch
verantwortlich und wirtschaftlich stark!**

Inhaltsverzeichnis

Präambel	3
Sozialer Zusammenhalt - das ist SPD	4
Gesundheitliche Versorgung	7
Wohnen muss bezahlbar sein - Kommunalen Wohnungsbau stärken	9
Bildung ist eine Gerechtigkeitsfrage	10
Digitalisierung - die Menschen dabei mitnehmen	11
Mobilität in ökologischer und sozialer Verantwortung	11
Im Umwelt- und Klimaschutz global denken und lokal handeln	12
Arbeit und Wirtschaft	14
Den Tourismus in der Region stärken	15

Präambel

Die Zivilgesellschaft, aber nicht zuletzt auch demokratische Parteien leisten einen wichtigen Beitrag für das Funktionieren der Demokratie und des Gemeinwesens. Sie sind ein zentraler Grundpfeiler der politischen Gestaltung auf allen staatlichen Ebenen, auch in der Kommunalpolitik.

Der kommunalen Selbstverwaltung und den Kommunen kommt im Sinne der Bewältigung der aktuellen gesellschaftlichen Problemfelder eine zentrale Rolle zu. Sie müssen handlungsfähig sein und bedürfen einer entsprechenden finanziellen Ausstattung.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind uns unserer politischen Verantwortung für die Region bewusst, ob im Naheland, der Nordpfalz, dem Hunsrück oder dem rheinhesischen Teil des Landkreises Bad Kreuznach.

Wir stehen für einen vielfältigen, toleranten, weltoffenen und lebenswerten Landkreis Bad Kreuznach. Die Menschen aller Generationen und unterschiedlichster Herkunft sollen sich in unserem Landkreis wohl und zuhause fühlen. Das ist unser sozialdemokratischer Heimatbegriff. Das spiegelt sich in einer klaren Haltung gegen rechts wider. Mit uns wird es keine Zusammenarbeit mit demokratiefeindlichen Kräften geben!

Unsere Region entwickelt sich gut, wenn Kreis und Stadt gemeinsam und in gegenseitiger Verantwortung kommunalpolitisch kooperieren. Stadt und Landkreis müssen Hand in Hand gehen. Das ist unsere feste Überzeugung.

Wir brauchen politische Entscheidungen mit Weitblick und auf der Höhe der Zeit. Wir stehen für eine Politik, die sozial gerecht ist, Teilhabe ermöglicht und ökologisch verantwortungsvoll handelt. Uns geht es um eine starke Wirtschaft, die Beschäftigung sichert, gute Arbeit schafft und die Transformation der Unternehmen sozialpartnerschaftlich bewältigt.

Wer nur verwaltet und nicht gestaltet, sorgt für Stillstand und Rückschritt und wird den Zukunftsaufgaben nicht gerecht.

Wir haben den Anspruch, den Kreis auf der Grundlage einer fortschrittlichen Programmatik zu gestalten. Um Politik gestalten zu können, brauchen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein starkes Mandat.

Das von uns als SPD maßgeblich forcierte Kreisentwicklungskonzept bietet hier eine sehr gute politische Grundlage. Es darf aber nicht beim bedruckten Papier bleiben. Vielmehr gilt

es, das Kreisentwicklungskonzept systematisch in die praktische Kreispolitik zu übertragen und den konkreten politischen Transfer zu leisten. Dabei gilt es, Schwerpunkte herauszuarbeiten und diese ergebnisorientiert abzuarbeiten.

Unser Kreiswahlprogramm zur Kommunalwahl am 9. Juni 2024 haben wir beteiligungsorientiert erarbeitet. Dazu haben wir alle Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei ebenso eingeladen wie alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sowie Verbände und Institutionen, die sozialdemokratische Kreispolitik mit ihren Ideen bereichern möchten. Wir bedanken uns ausdrücklich bei allen, die im Rahmen unserer Programmarbeit mitgewirkt haben.

Michael Simon / SPD-Kreisvorsitzender

Martina Hassel, Dr. Denis Alt, Lena Müller /stellvertretende Kreisvorsitzende

Carsten Pörksen / Fraktionsvorsitzender

Anke Denker / stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Sozialer Zusammenhalt - Das ist SPD

Kommunale Sozialpolitik ist über gesetzliche Pflichtaufgaben gebunden. Diese begründen einen Rechtsanspruch, den es politisch umzusetzen und zu garantieren gilt.

Dies entbindet uns jedoch auch auf der kommunalen Ebene nicht davon, Sozialpolitik zu gestalten, um vorliegenden Bedarfen noch besser gerecht werden zu können. Dies bedeutet in der Konsequenz auch, dass Kommunalpolitik in der kommunalen Sozialpolitik einen zentralen Schwerpunkt setzen muss.

Soziale Arbeit und ihre Felder in der Sozialpolitik

Uns ist daher der Erhalt und der bedarfsgerechte Ausbau sozialer Angebote vor Ort, beispielsweise im Bereich der Wohnungslosenhilfe, der Wohnraumsicherung, bei Mehrgenerationenhäusern, in der Jugendhilfe und der Jugendarbeit, in der ambulanten und stationären Pflege und bei generationenübergreifenden und betreuten Wohnformen ein grundlegendes Anliegen. All diese Bereiche sind von einer stabilen Finanzierungsgrundlage abhängig, für die alle staatlichen Ebenen eine Verantwortung tragen, auch wir als Kommune und Landkreis. Das ist uns als SPD im Sinne der wichtigen sozialen Arbeit, die hier geleistet wird und im Interesse der Planungssicherheit der Hilfsangebote ein großes Anliegen.

Im Bereich von Wohnquartieren und besonders belasteten Sozialräumen wollen wir uns für die Einrichtung von Gemeinwesenprojekten einsetzen, wie sie z. B. im Landesprogramm „Soziale Stadt“ beschrieben sind.

Wir wissen um den Bedarf vernetzender Hilfen (auch im Bereich der Gesundheit und der Pflege) im ländlichen Raum. Hier sehen wir in der „Gemeindeschwester plus“ ein hervorragendes Angebot, das wir flächendeckend schaffen und ausbauen wollen.

Mobilität und Barrierefreiheit

Wir werden Angebote für ein selbstbestimmtes Leben weiterentwickeln und die barrierefreie Mobilität fördern, insbesondere im Bereich des ÖPNV. Unsere Vereine und Verbände wollen wir sensibilisieren, Menschen mit Beeinträchtigung stärker in den Blick zu nehmen. Gerade auch der Sport bietet große Chancen im Bereich inklusiver Angebote.

Pflege

Eine gute und flächendeckende pflegerische Versorgung sicherzustellen, ist und bleibt eine unserer zentralen Zielsetzungen. Der immensen Herausforderungen und Belastungen von Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten, beruflich in der Pflege Tätigen, Pflegebedürftigen, pflegenden Angehörigen und weiteren beteiligten Akteuren und Akteurinnen sind wir uns sehr bewusst. Zudem führt der demographische Wandel dazu, dass die Herausforderungen in den kommenden Jahren eher größer als kleiner werden. Im Landkreis Bad Kreuznach treten wir für eine regelmäßige Fortschreibung der Pflegestrukturplanung ein.

Jugendhilfe, Kindeswohl und Kinderschutz

In der Jugendhilfe, deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit nicht zuletzt mit Blick auf die Zunahme der Komplexität der alltäglichen Problemlagen von Kindern, Jugendlichen und Familien hoch belastet sind, bedarf es einer am Kindeswohl und dem Kinderschutz abgeleiteten personellen Ausstattung im Kreisjugendamt. Dies dient auch der so wichtigen personellen Kontinuität in der behördlichen Struktur des Jugendamtes. Jugendhilfe muss in die Lage versetzt werden, präventiv zu handeln und zu agieren. Es gilt für uns der Grundsatz „ambulant vor stationär“. Wir brauchen zugleich niedrigschwellige Angebote der Hilfe, die dort ansetzen, wo sich Kinder über das Familiensystem hinaus im Alltag bewegen, in der Kita und in der Schule. Dies können beispielsweise Hilfen im Rahmen der Sozialen Gruppenarbeit sein.

Eine wichtige Bedeutung haben in diesem Zusammenhang auch unsere Beratungsstellen in Stadt und Kreis.

Im Hinblick auf bestehende und neue Bedarfe treten wir für gute und stabile Vernetzungen zwischen den Akteurinnen und Akteuren, die mit Kindern, Jugendlichen und Familien arbeiten, ein. Grundlegend ist für uns eine Jugendhilfeplanung, die vor dem Hintergrund bestehender Problemlagen stets fortgeschrieben wird und den Transfer in die Praxis leistet.

Wir wollen jungen Menschen, die benachteiligt sind und denen der Zugang zur Ausbildung und somit für ein selbstbestimmtes Leben erschwert ist, unterstützen und ihnen einen guten Start ins Berufsleben ermöglichen.

Jugendarbeit, Jugendbeteiligung und Partizipation

Wie Zusammenleben gelingt und dass Demokratie unser Engagement braucht, das lernen Kinder und Jugendliche insbesondere in der Jugendarbeit und bei starken Jugendverbänden. Deshalb sind sie unverzichtbar und brauchen unsere Unterstützung. Wir wollen junge Menschen aktiv beteiligen und sie in sie betreffende Entscheidungsprozesse des Landkreises einbeziehen. Es braucht im Kreis Bad Kreuznach und in allen Verbandsgemeinden endlich ein Format der Kinder- und Jugendbeteiligung. Um dieses im Sinne der Partizipation von Kindern und Jugendlichen zu entwickeln und umzusetzen wollen wir sie frühzeitig an diesem Prozess beteiligen. Eine wichtige Unterstützung in diesem Zusammenhang kann der Dachverband kommunaler Jugendvertretungen Rheinland-Pfalz sein. Ein gutes Vorbild finden wir in Trier-Saarburg.

Integration

Die Teilhabe und Integration aller Bevölkerungsgruppen, auch der Menschen, die geflüchtet und zugewandert sind, sind uns ein zentrales Anliegen. Wir setzen auf die enge Zusammenarbeit und Kooperation mit dem Beirat für Integration und Migration des Landkreises und der Stadt. Hier gibt es hohe Kompetenzen, die wir im Rahmen der Zusammenarbeit nutzen möchten. Deren Anregungen sind für uns unverzichtbar.

Wir unterstützen Maßnahmen der sozialen und beruflichen Integration von Flüchtlingen und Menschen mit Migrationshintergrund. Hier sind auch Integrations- und Sprachkurse der örtlichen Anbieter in freier Trägerschaft sowie der Volkshochschulen ein wichtiger Bestandteil der Unterstützung.

Kommunale Gleichstellungspolitik

Die Stelle des/der Gleichstellungsbeauftragten ist notwendig, um den Interessen von Frauen in ihrem unmittelbaren Lebensbereich Geltung zu verschaffen und dem Auftrag unserer Verfassung, tatsächliche Gleichberechtigung herzustellen, gerecht zu werden. Durch ihre Einbindung in das politisch administrative System der Verwaltung, die Ausstattung ihrer Funktion mit Rechten, Kompetenzen, Mitwirkungs- und Einflussmöglichkeiten bringen sich die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten wirkungsvoll in die Gestaltung kommunaler Aufgaben ein und fördern die Gleichberechtigung in den Kommunen.

Dass es im Landkreis keine kontinuierlich besetzte kommunale Gleichstellungsstelle gibt, ist ein unhaltbarer Zustand. Wir machen uns deshalb für eine Besetzung dieser Funktion stark.

Das Frauenhaus ist unersetzlich. Wir setzen uns für seine gute Zukunft und gesicherte Finanzierung ein.

Ehrenamt ist Zusammenhalt

Ehrenamtliche Arbeit und aktive Vereine sichern Lebensqualität. Wir begrüßen die Arbeit von Ehrenamtsbörsen und deren Austausch und Zusammenarbeit. Wir unterstützen Modelle zur Ehrenamtsförderung und die Auszeichnung von Menschen, die seit vielen Jahren ein herausragendes ehrenamtliches Engagement zeigen. Vorstellbar ist für uns auch ein jährlicher „Markt der Möglichkeiten im Ehrenamt“ auf dem sich die breite Palette der Felder des Ehrenamtes präsentieren kann. Über die analoge Präsentation hinaus setzen wir uns für die Einrichtung einer digitalen Ehrenamts-Plattform ein. Wir halten eine gezielte Ansprache junger Menschen für ein Engagement im Ehrenamt für notwendig.

Einsamkeit und Entwicklungen der gesellschaftlichen Vereinsamung

Vereinsamung ist ein zunehmendes Problem in unserer Gesellschaft. Vereinsamung und Rückzug aus dem gesellschaftlichen Leben können dramatische psychische Folgen haben. Diese Entwicklungen gilt es sehr ernst zu nehmen und ihnen entgegenzuwirken. Sie betreffen sowohl ältere und hochbetagte Menschen als auch Kinder und Jugendliche. Sie entstehen als Folge von Krieg, Armut, Zerfall familiären Zusammenlebens und Pandemie-Maßnahmen.

Nur gemeinsam können wir diese Herausforderungen in den kommenden Jahren bewältigen. Damit wir im ganzen Landkreis in gleichwertigen Verhältnissen leben können, brauchen wir vielfältige und differenzierte Hilfen, auch in niedrigschwelliger Form mit erleichtertem Zugang. Diese wollen wir fördern und unterstützen. Dies gilt auch für Nachbarschafts- und Nachbarschaftshilfeprojekte auf lokaler Ebene im Landkreis.

Gesundheitliche Versorgung

Eine hohe Qualität gesundheitlicher Versorgung und ein guter Zugang zu Gesundheitsleistungen für alle - das ist der Anspruch sozialdemokratischer Gesundheitspolitik, auch auf der kommunalen Ebene eines Landkreises. Dabei setzen wir uns dafür ein, Gesundheitspolitik konsequent aus der Perspektive der Patientinnen und Patienten zu denken. Nicht Gesundheitspolitik für einzelne Berufsgruppen, sondern für alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landkreises - das ist unser Leitbild.

Nicht erst seit Corona stehen wir für eine verlässliche Gesundheitsversorgung. Aber die Pandemie hat uns allen gezeigt, wie lebensnotwendig eine gute medizinische Infrastruktur ist, sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich.

Um die ärztliche Versorgung im Landkreis zu verbessern, unterstützen wir die Schaffung dezentraler medizinischer Gesundheitszentren als wichtige Ergänzung zu den bestehenden Praxen. Wir können uns vorstellen, bezogen auf schlechtversorgte ländliche Räume im Landkreis, Stipendien für angehende Medizinerinnen und Mediziner anzubieten, die sich in der Region als Hausärztinnen und Hausärzte niederlassen möchten. Damit flankieren und ergänzen wir die durch das Land Rheinland-Pfalz etablierte Landarztquote. Im Blick haben wir auch die gute fachärztliche Versorgung. Hier bieten die medizinischen Gesundheitszentren eine Chance. Eine stärkere Vernetzung zwischen ambulantem und stationärem Sektor wird in Zukunft notwendig sein, um gerade die fachärztliche Versorgung zu sichern.

Unsere Krankenhäuser in Bad Kreuznach, Kirn und Meisenheim sind ein wichtiger Bestandteil der Daseinsvorsorge und bieten in ihren jeweiligen Profildbereichen spezialisierte, hochwertige Leistungen an. Gleiches gilt für die hervorragenden Reha-Kliniken, die unserem Gesundheitsstandort ein weiteres Profil geben.

Im Rahmen unserer kommunalen Möglichkeiten wollen wir zum Erhalt eines guten Apotheken-Netzes beitragen.

Auch der öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) - also unser Kreisgesundheitsamt - muss mit digitaler Infrastruktur unterstützt und leistungsfähiger gemacht werden. Im Rahmen des ÖGD-Paktes stellen Bund und Länder den Landkreisen dafür erhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung. Die daraus entstehenden Chancen muss unser Landkreis konsequent nutzen, um den Dienst im Gesundheitsamt für junge Menschen, auch für Ärztinnen und Ärzte, wieder attraktiver zu machen. Überhaupt müssen digitale Potenziale in der flächendeckenden gesundheitlichen Versorgung verstärkt genutzt werden, um die Versorgungsqualität an jedem Ort und zu jeder Zeit auch in Zukunft gewährleisten zu können.

Wir unterstützen die Förderung und den Ausbau von Projekten der „Gemeindeschwester plus“ als vernetzendes Angebot der örtlichen sozialen Infrastruktur.

Wohnen

Angemessenes Wohnen ist ein Menschenrecht, dessen Einhaltung immer mehr in Gefahr gerät und das nicht nur in Ballungszentren. Selbst in mittleren Städten wie unserer Kreisstadt Bad Kreuznach sind viele Menschen auf Wohnungssuche; sie finden keine für sie bezahlbaren Wohnungen. Auch in ländlichen Bereichen und kleineren Städten ist der Wohnungsmarkt weitgehend leergefegt, während sich gleichzeitig für viele der Traum von einem Eigenheim wegen der explodierenden Kosten nicht verwirklichen lässt. Deshalb haben wir die Gründung

einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft vorgeschlagen und unterstützen die Umsetzung, möglicherweise auch gemeinsam mit dem Kreis Mainz-Bingen. Wir gehen davon aus und werden uns auch dafür einsetzen, dass die Gemeinden und Verbandsgemeinden mitmachen. Ohne ihre Unterstützung wird es nicht zu einer Verbesserung der Wohnraumnot kommen.

Ein weiteres Handlungsfeld ist die Beseitigung des Leerstandes in vielen Orten, um Wohnungen im Bestand zu schaffen und für eine Verbesserung des Ortsbildes zu sorgen. Deshalb halten wir es für unabdingbar und fordern vom Gesetz- und Verordnungsgeber Land und Bund ein, dass Vorschriften die Sanierung oder den Abbruch in den Ortszentren erleichtern und nicht erschweren. Vorhandene Programme sollen besser genutzt werden. Da ist auch ein Betätigungsfeld einer eigenen Gesellschaft.

Stärker in den Blick genommen werden muss ein Wiederaufleben des sozialen Wohnungsbaus in den Städten, aber auch in der Fläche, um einkommensschwachen Familien zu guten Wohnungen zu verhelfen. Dafür werden wir uns bei den vorhandenen Gesellschaften, aber auch bei privaten Bauherren einsetzen. Gleiches gilt für neue Wohnformen wie Mehrgenerationenhäuser, barrierefreie Wohnungen etc.

Die vielen in den Gemeinden leerstehenden Pfarrhäuser sollten in die Überlegungen mit einbezogen werden. Was den Leerstand betrifft, werden wir uns dafür einsetzen, dass in allen Städten und Gemeinden Leerstandskataster erstellt und im Kreis zusammengeführt werden. Des Weiteren sollen in diesen Gebietskörperschaften funktionierende Anlaufstellen für Wohnungssuchende eingerichtet werden, für die ein aktuelles Leerstandskataster eine gute Arbeitsgrundlage ist.

Unser Kreis wird aufgrund seiner Nähe zum Ballungszentrum Rhein-Main zunehmend zu einem attraktiven Wohnstandort. Dies begrüßen wir, verbessert es doch die wirtschaftlich schwierige Situation des Kreises. Aber die politisch Verantwortlichen im Kreis und in den Kommunen müssen darauf achten, dass diese Entwicklung sich nicht zu Last der Kreisbevölkerung auswirkt. Dieser Aufgabe stellen wir uns.

Bildung ist eine Gerechtigkeitsfrage

Gute Bildung ist für unsere Gesellschaft unverzichtbar: für die Persönlichkeitsentwicklung, für ein Leben und Arbeiten in Würde, für eine Erziehung zur Toleranz und zur Übernahme von Verantwortung und damit für eine aktive demokratische Beteiligung an der gesellschaftlichen Entwicklung. Gute Bildung ist nicht nur Menschenrecht, sondern auch entscheidend für unsere wirtschaftliche Entwicklung und den Fortbestand der Demokratie.

Deshalb sind gerechte Bildungschancen für alle, unabhängig von Geschlecht, kultureller Herkunft, sozialer Lage und Lebensalter entscheidend.

Öffentliche Verantwortung für gute Bildung beginnt mit einem bedarfsdeckenden, integrativen und inklusiven Angebot an Kindertagesstätten. Wir setzen uns für den bedarfsgerechten Ausbau und für qualitative Weiterentwicklung unserer Kindertagesstätten ein. Wir wollen die Trägervielfalt im Landkreis in eine gute Zukunft führen. Deshalb muss die Förderung freier, kirchlicher und kommunaler Einrichtungen verbessert werden.

Die Schulträger im Landkreis haben ein qualifiziertes, wohnortnahes und vielfältiges Schulsystem entwickelt, in dem Kinder und Jugendliche individuell gefördert werden. Der Ausbau schulischer Angebote in den Ferienzeiten, Qualitätssicherung für gesunde Ernährung und die pädagogische Arbeit sehen wir als zukünftige Herausforderungen an, denen wir hohen Stellenwert beimessen. Gleiches gilt für digitale Ausstattung und bauliche Modernisierung. Wir unterstützen inklusive Bildungsangebote, Schulsozialarbeit und die außerschulische Bildung, wie sie in der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit geleistet wird. Als SPD wissen wir, dass Bildungschancen und Bildungserfolge von sozialen Rahmenbedingungen und Sozialräumen, in denen Kinder und Jugendliche aufwachsen, beeinflusst werden. Deshalb machen wir uns für eine gute und fest implementierte Vernetzung und Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe stark. Die SPD im Landkreis Bad Kreuznach spricht sich für eine transparente und regelmäßig fortgeschriebene Schulentwicklungsplanung aus.

Gesellschaftliche Veränderungen bewirken, dass dualer Ausbildung und lebenslangem Lernen insbesondere zur beruflichen Weiterentwicklung immer größere Bedeutung zukommen. Diese Herausforderung können wir nur bestehen, wenn beteiligte Institutionen noch vernetzter und individueller zusammenarbeiten, wenn wir Bürokratiehemmnisse abbauen und in anderen Ländern erworbene Kompetenzen willkommen heißen.

Digitalisierung - Vorankommen und die Menschen mitnehmen

Die Digitalisierung ist im Alltag nicht mehr wegzudenken - im Privaten und im Beruf, bei der Kommunikation miteinander, beim Einkaufen und bei der Informationsbeschaffung. Sie ist ein wichtiges Instrument und es gilt, die Digitalisierung im Sinne der Bürgerinnen und Bürger weiter voranzubringen.

Die Kreisverwaltung wollen wir weiter digital und barrierefrei modernisieren, ohne die Mitarbeitenden und die Bürgerinnen und Bürger dabei zu überfordern. Bund, Land und Kreis müssen zeitnah die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, dass eine weitgehend digitale

Sachbearbeitung und eine zunehmende digitale Beantragung von Verwaltungsdienstleistungen ermöglicht wird. Die Digitalisierung bietet große Chancen. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass es in diesem Prozess auch um die Frage der sozialen Teilhabe aller geht. Die digitalen Verwaltungsdienstleistungen müssen daher niedrighschwellig, möglichst einfach und selbsterklärend beansprucht werden können.

Unser Ziel ist die flächendeckende Anbindung aller Haushalte und Betriebe mit leistungsfähigem Internet. Gleiches gilt für den Ausbau der Mobilfunknetze. Glasfaser muss standardmäßig bis ins Haus und in die Gewerbegebiete gelegt sein. Die Anbindung an schnelles Internet ist für Privathaushalte von wesentlicher Bedeutung. Im ländlichen Raum unseres Landkreises bietet sie die Chance, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, neue Arbeitsplätze zu schaffen und Beschäftigungsfelder zu eröffnen.

Digitale Verfahren erweitern die Möglichkeiten der Teilhabe und unterstützen die Zusammenarbeit zwischen Behörden und Verwaltungen sowie Bürgerinnen und Bürgern, Institutionen und der Wirtschaft.

Mobilität in sozialer und ökologischer Verantwortung

In unserem ländlich geprägten Landkreis Bad Kreuznach spielen Mobilität und Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) eine zentrale Rolle im Alltag. Wir setzen uns im Rahmen des kommunalisierten ÖPNV dafür ein, dass dieser bezahlbar, wirtschaftlich und zukunftsorientiert weiterentwickelt wird. Dies erfordert eine attraktive und bedarfsorientierte Angebotsstruktur, die wir trotz aller zum Start bekannten organisatorischen Schwierigkeiten mit dem neuen ÖPNV geschaffen haben. Der ÖPNV in Eigenregie hat den Vorteil, dass wir Verkehre anpassen können, wenn wir dies für erforderlich halten.

Der Individualverkehr belastet unsere Umwelt in ganz besonderem Maße. Daher muss es unser Ziel sein, den ÖPNV so aufzustellen, dass auch im ländlichen Raum auf das Zweitauto verzichtet werden kann. Das 49-EUR-Ticket ist für uns ein echter verkehrspolitischer Schritt nach vorne, der die große Chance bietet, das Nutzerverhalten klimafreundlich zu verändern. Aus unserer Sicht bedarf es jedoch noch einer breit angelegten Werbestrategie, damit das inzwischen gut ausgebaute Angebot unsere Bürger und Bürgerinnen erreicht und der Wechsel vom eigenen Auto zum Bus gelingt.

Wir wollen die unterschiedlichen Verkehrsarten und Verkehrsträger im Rahmen integrierter Verkehrskonzepte (Fußgänger*innenverkehr, motorisierter Individualverkehr, Radverkehr,

ÖPNV, Bahnverkehr) vernetzen und zu einer klimafreundlichen und gleichzeitig individualisierten Mobilität ausbauen. Die Barrierefreiheit an allen Haltestellen und Bahnhöfen ist für uns eine Selbstverständlichkeit.

Weiter liegt uns der Lärmschutz, die Instandhaltung / Unterhaltung unserer Kreisstraßen und der Ausbau des Radwegenetzes am Herzen, sowohl touristisch als auch im Zusammenwirken mit dem Landesbetrieb Mobilität (LBM) und den dortigen Rad-Fachbeauftragten, was die Verwirklichung eines flächendeckenden Pendleradwegenetzes (z.B. für Berufstätige) anbelangt.

Was die Reaktivierung von Bahnstrecken in der Region (Glantalbahn, Hunsrückquerbahn) betrifft, so treten wir für eine fundierte Prüfung ein, die die wesentlichen Aspekte der Verkehrsinfrastruktur und der Wirtschaftlichkeit berücksichtigt.

Im Umwelt- und Klimaschutz global denken, lokal handeln und das sozial gerecht

Es ist nicht mehr viel Zeit, es muss gehandelt werden. „Global denken, lokal handeln und das sozial gerecht.“ Das ist unser sozialdemokratisches Verständnis von Klima- und Umweltpolitik. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger dabei mitnehmen. Wir wollen einen klimaneutralen Landkreis bis 2035.

Wir packen die Herausforderungen an und gestalten die regionale Energiewende, die gut bezahlte und hoch qualifizierte Arbeitsplätze in unserer Region hervorgebracht hat und damit für regionale Wertschöpfung sorgt.

Nur mit sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit werden wir die großen Herausforderungen meistern. Ressourcenschonung, nachhaltige Flächennutzungsplanung und eine Reduzierung des Flächenverbrauchs, Plastik- und Abfallvermeidung, die Gewässerrenaturierung entsprechend der EU-Wasserrahmenrichtlinie zur Wiederherstellung natürlicher Gewässerläufe / Gewässerstrukturen und die Durchlässigkeit für den Fischeaufstieg, die Schaffung von unversiegelten Flächen, Begrünungsmaßnahmen im Sinne des lokalen Klimas sowie nachhaltiges Wirtschaften, sind fester Bestandteil unserer Politik im Kreis Bad Kreuznach.

Wir werden den Weg, erneuerbare dezentrale Energien vielfältig im ganzen Kreisgebiet einzusetzen, beständig fortführen. Die SPD ist die Partei, die die ökologische Frage mit der sozialen und wirtschaftlichen Frage verbindet.

Wir unterstützen unsere Kommunen im Kreis dabei, die Chancen der Energiewende für sich vor Ort zu nutzen. Grundlage dafür ist ein vorhandenes Klimaschutzmanagement und daraus resultierende praxis- und umsetzungsorientierte Klimaschutzkonzepte, die es stets fortzuschreiben gilt.

Alle Investitionen und Maßnahmen im Landkreis und in den Kommunen, die sich positiv auf das Klima, den Klimaschutz, den Umwelt und den Artenschutz auswirken, haben für uns als SPD höchste Priorität. Der Bundesgesetzgeber sieht künftig vor, dass die Kommunen eine kommunale Wärmeplanung vorlegen müssen. Das ist politisch richtig und muss kommunal mit fachlicher Kompetenz vorbereitet und angegangen werden.

Die erneuerbaren Energien müssen weiter massiv ausgebaut werden. Wir schlagen vor, dafür rund um das Klimaschutzmanagement in der Kreisverwaltung eine Planungs- und Arbeitsgruppe „Ausbau erneuerbare Energien“ einzusetzen, bestehend aus hausinterner und externer Expertise, um bestehende Zielkonflikte zwischen Bauplanung, Immissions- und Artenschutz zu lösen und gemeinsame Handlungsoptionen im Sinne einer strukturierten Umsetzung aufzulösen.

Neben dem Klimaschutz stellt auch eine Politik der Klimafolgenanpassung eine zwingende Notwendigkeit dar.

Die kommunale Wärmeplanung ist ein wesentliches Element zur Umsetzung der Wärmewende in den Kommunen. Die Wärmewende vor Ort ist zentral für die Erreichung der Klimaziele. Eine Schlüsselfunktion kommt dabei dem Ausbau und der Dekarbonisierung in Richtung klimaneutraler Wärmenetze zu.

Dekarbonisierung bezeichnet das Ziel der Schaffung einer kohlenstofffreien Wirtschaft, um die Emissionen, die den Treibhauseffekt verstärken und damit die globale Erwärmung verursachen, zu verringern.

Hierfür muss die Förderung effizienter Wärmenetze ausreichend und langfristig finanziell abgesichert werden. Auch die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) bleibt zentraler Bestandteil einer sicheren, effizienten und nachhaltigen Wärmeversorgung.

Klimaneutraler Wasserstoff muss regional erzeugt werden können. Lokale Wasserstoffprojekte im Landkreis werden von uns daher ausdrücklich unterstützt und als große Chance gesehen.

Der Klimawandel führt zu erhöhten Risiken für die kommunale Lebensqualität und die kommunale Infrastruktur. Dies erfordert zusätzliche und gezielte Anpassungen bei der Planung, beim Betrieb und beim Ausbau der Infrastruktur. Die Klimaanpassung ist auch in unserer Region eine wichtige Aufgabe und muss noch stärker angegangen werden. Der Öffentliche

Personennahverkehr und Schienen- und Bahnverkehr muss durch eine Investitions- und Angebots-offensive von Bund und Ländern finanziell weiter unterstützt werden, um die Klimaziele im Verkehrssektor zu erfüllen und das lokale Mobilitätsangebot zu verbessern.

Arbeit und Wirtschaft

Die Weiterentwicklung unserer Region muss Kern einer gezielten Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik im Landkreis sein.

Als SPD bekennen wir uns klar zur Bedeutung von Handwerks- und Industriearbeitsplätzen sowie Dienstleistungsunternehmen in der Region. Familiengeführte mittelständische Unternehmen prägen neben Industriebetrieben unsere Heimat und müssen bei den schwierigen Fragen der Mitarbeitergewinnung, der Transformation und der strukturellen Weiterentwicklung der Betriebe unterstützt werden.

Gemeinsam mit der bestehenden, guten regionalen Wirtschaftsförderung wollen wir die infrastrukturellen Rahmenbedingungen für bestehende Unternehmen und die Attraktivität zur Ansiedlung von Unternehmen weiter verbessern. Dies gilt insbesondere für die Verkehrsbindung und die Versorgung mit schnellem Internet. Künstliche Intelligenz (KI) ist voranzubringen, um die Betriebe in den Arbeits- und Fertigungsprozessen sinnvoll und wertschöpfend zu unterstützen.

Wir befürworten im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit die Ausweisung gemarkungsübergreifender Gewerbegebiete als fortschrittlichen Weg in der Ansiedlungspolitik. Dazu sind Investitionen in die Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur zwingend erforderlich.

Wirtschaftsförderung bedeutet für uns, alle Akteure einzubeziehen, gerade im Prozess der Transformation und den Veränderungen in der Arbeitswelt, etwa durch Digitalisierung und künstliche Intelligenz (KI). Dazu gehören nicht nur die Unternehmen und deren Eigentümer, sondern auch die Perspektive der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Betriebsräte und deren gewerkschaftliche Interessenvertretung.

Unternehmen sind auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angewiesen, die im Prozess der Transformation mitgenommen werden und diesen zugleich selbst mitgestalten. Betriebliche Mitbestimmung, Tarifbindung und Tariftreue bei öffentlichen Auftragsvergaben durch Kommunen entspricht unserer Vorstellung von guter Arbeit und einem guten, vertrauensvollen Verhältnis in Unternehmen und Betrieben auf Augenhöhe.

Unternehmen, die ausbilden und damit ihrer sozialen Verantwortung für Jugendliche und die Gesellschaft gerecht werden, brauchen gut ausgestattete Berufsschulen. Deshalb setzen wir

uns für die Investitionen in unsere kreiseigenen Berufsschulen ein. Dabei ist die Politik auch auf der kommunalen Ebene aufgefordert, innovative Ideen zu unterstützen, etwa in Form von Ausbildungsverbänden.

Wir werden der Arbeit der Arbeitsagentur und des Jobcenters für von Arbeitslosigkeit betroffene Menschen mit Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekten eine Perspektive geben. Projekte für langzeitarbeitslose Menschen in Zusammenarbeit mit dem Job-Center werden von uns ausdrücklich unterstützt, ebenso wie Projekte für Zugewanderte, um diese zeitnah in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Ebenso stehen wir für die Unterstützung von Jugendlichen, die bislang keine Ausbildungsmöglichkeit erhalten haben. Dies geschieht z.B. bei der Jugendberufsagentur, die gerade Jugendlichen mit sozialpädagogischer Begleitung hilft, die aus den unterschiedlichsten Gründen Probleme haben, einen Zugang zum Ausbildungsmarkt zu finden. Über diese bekannten Wege hinaus sollten auch hier im Kreis ehrenamtliches Engagement (Senior-Experten*innen) und eine stärkere Vernetzung von Wirtschaft, Schule und Arbeitsagentur angestrebt werden.

In der Kreisverwaltung werden wir darauf drängen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und den Ausbau von Frauenerwerbsarbeit weiter zu fördern. Hier kommt der Stelle einer kommunalen Gleichstellungsbeauftragten eine wichtige Rolle zu. Diese ist zwingend langfristig zu besetzen, um Frauen als Beratungs- und Anlaufstelle zur Verfügung zu stehen.

Den Tourismus in der Region stärken

Urlaub in Deutschland hat nach der Corona-Pandemie einen neuen Stellenwert bekommen, an dem auch wir in unserem Kreis mit vielen touristisch gut nutzbaren Angeboten teilhaben wollen. Dabei unterstützen wir die Bemühungen, die Zuständigkeit für das Marketing durch die Zusammenführung mit Hunsrück-Marketing auf breitere Füße zu stellen, auch eine stärkere Zusammenarbeit mit der Region Rheinhessen wollen wir vorantreiben; Touristen wählen sich ihre Ziele nicht nach Gebietsgrenzen aus.

Das gilt insbesondere für den Radtourismus, der einen großen Boom erlebt. Deshalb müssen wir für durchgängige Radwegeverbindungen in gutem Zustand durch die Region von Rheinhessen entlang der Nahe sowie den Nordpfälzer Raum und in den Hunsrück sorgen. Ein Radwegeplan mit befahrbaren Radwegeverbindungen in Ortschaften, die nicht an den Hauptstrecken liegen, ist ein Muss.

Die vorhandenen Premiumwanderwege, die sich zunehmend großer Beliebtheit erfreuen, wollen wir ergänzen, zumal unsere abwechslungsreiche Landschaft leichte und auch schwierige Touren ermöglicht.

Ein besonderes Pfund ist unsere herausragende Weinregion mit Weinen von hoher Qualität. An der Verbesserung des Bekanntheitsgrades müssen wir alle noch arbeiten, um die wichtige Destination Genuss in unserer Region zu stärken. Wichtig in diesem Zusammenhang ist der Ausbau von Übernachtungsmöglichkeiten und die Verbesserung der Gastronomie im ländlichen Raum; wir werden deshalb dieses Thema ins Zentrum unserer Bemühungen für den Ausbau des Tourismus in unserem Landkreis stellen; alle Akteure müssen an einen Tisch.

Die Landschaft in unserem Kreis in ihrer Vielfältigkeit ist durchaus konkurrenzfähig im Wettstreit der touristischen Angebote. Das gilt auch für das kulturelle Angebot. Deshalb werben wir in der Bevölkerung dafür, sich auch als Urlaubsregion zu verstehen. Nur so wird es gelingen, auch andere für unseren wunderschönen Kreis zu begeistern.